

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Kämpfe im Nordwesten verschärfen sich

Die Kämpfe zwischen den pakistanischen Taliban und der Armee sind in den vergangenen Monaten massiv eskaliert. Die Armee startete im August eine neue Operation, um die *Bajaur Agency*, eins der sieben autonomen Stammesgebiete entlang der afghanischen Grenze, von den Taliban und al-Qaeda zu säubern. Auch im Swat-Tal wird wieder gekämpft zwischen der Armee und den Taliban unter ihrem lokalen Anführer Mullah Fazlullah. Eine unabhängige Einschätzung der Lage in den umkämpften Gebieten ist schwierig, aber es zeichnen sich offenbar militärische Erfolge der Sicherheitskräfte mindestens in Bajaur ab. Die Militanten haben mit zahlreichen Anschlägen auf die Militäroffensive reagiert. Besonders in der an die Stammesgebiete angrenzenden Millionstadt Peshawar, Hauptstadt der Nordwest-Grenzprovinz (NWFP), hat sich die Sicherheitslage dramatisch verschlechtert. Es kommt fast täglich zu Bombenattentaten, Entführungen oder Morden. Im September wurde der designierte afghanische Botschafter in Pakistan mitten in Peshawar entführt; er ist bisher nicht wieder aufgetaucht. Im November gab es innerhalb von drei Tagen einen Selbstmordanschlag auf eine Sportveranstaltung, die Entführung eines iranischen Diplomaten und die Ermordung eines amerikanischen Mitarbeiters einer Hilfsorganisation. Auch der Parteichef der in der NWFP regierenden, säkularen *Awami National Party*, Asfandiyar Wali Khan, wurde Anfang Oktober zum Ziel eines Selbstmordanschlags in seinem Heimatort Charsada. Er blieb jedoch unverletzt. In den Stammesgebieten greifen die Taliban regelmäßig Bewohner an, die gemeinsam mit der Armee gegen die Extremisten kämpfen. Anfang November tötete ein Selbstmordattentäter mindestens 17 Angehörige einer derartigen paschtunischen Anti-Taliban-Miliz. Auch diese Eskalation der Gewalt seitens der Militanten ist ein Hinweis darauf, dass sie den Einsatz der Armee dieses Mal sehr ernst nehmen. Nach dem Fall der Taliban in Afghanistan hatten sich die Stammesgebiete zunehmend zum Rückzugsgebiet geflohener al-Qaeda-Kämpfer entwickelt. Die Regierung Musharraf war nur punktuell gegen die Extremisten vorgegangen und hatte durch Waffenstillstands-Abkommen ermöglicht, dass die Taliban und al-Qaeda in den Stammesgebieten relativ ungestört operieren und Angriffe nach Afghanistan hinein sowie Terroranschläge vorbereiten konnten. Die CIA hat in letzter Zeit wieder mehrfach

darauf hingewiesen, dass praktisch alle Aktivitäten gegen die USA gerichteter Terroristen eine Verbindung in die pakistanischen Stammesgebiete haben. Mindestens Teile der pakistanischen Geheimdienste haben die Extremisten lange Zeit unterstützt, unter anderem, um über die Taliban Druck auf die als Pakistan-feindlich empfundene afghanische Regierung auszuüben. Die weitere Strategie der Armee ist noch nicht klar; denn selbst bei einem militärischen Erfolg in Bajaur etwa stellte sich die Herausforderung, neben der Sicherung der zurückeroberten Gebiete weitere Operationen dieser Art in anderen al-Qaeda-Hochburgen wie Nord- und Südwestwaziristan folgen zu lassen. Die meisten Beobachter bezweifeln, ob die pakistanische Armee eine derartige Kampagne durchführen kann, und ob ein rein militärisches Vorgehen Erfolg verspricht.

USA intensivieren Luftangriffe

Parallel zu den Operationen der pakistanischen Streitkräfte haben die US-Truppen in Afghanistan ihre eigenen Luftangriffe auf mutmaßliche al-Qaeda-Ziele in Pakistan seit dem Sommer deutlich verstärkt. Im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf spielte die Pakistan-Politik eine wichtige Rolle. Der siegreiche Kandidat Barack Obama hatte sich mehrfach dazu bekannt, dass die USA bei entsprechenden Geheimdienst-Informationen und wenn Pakistan nicht selbst dazu in der Lage sei, auch eigenmächtig gegen al-Qaeda in Pakistan zuschlagen sollten. Präsident Bush sah sich möglicherweise dadurch unter Druck gesetzt, vielleicht auch durch militärische und Geheimdienst-Kreise, die über die in Afghanistan stärker werdenden Taliban frustriert waren; jedenfalls fiel im Sommer in Washington offensichtlich die Entscheidung für eine massive Ausweitung grenzübergreifender Luftangriffe. Gewöhnlich gut informierte US- und britische Zeitungen wussten zu berichten, dass erfahrene Diplomaten des State Department und auch einige Pentagon-Fachleute vor der neuen Strategie, die nie öffentlich verkündet wurde, gewarnt hatten. Zu den Angriffen selber (etwa zwei Dutzend seit August), bei denen in der Regel von unbemannten Drohnen aus Raketen abgefeuert werden, haben sich die USA nie bekannt. Zusätzlich drangen US-Hubschrauber und in einzelnen Fällen auch Bodentruppen bei der Verfolgung der Taliban offenbar mehrfach auf pakistanisches Territorium vor. Die Präzision der Luftangriffe ist natürlich in hohem Maße

von zuverlässigen geheimdienstlichen Informationen über die Ziele abhängig. In einigen Fällen gibt es begründete Zweifel, dass diese Informationen vorlagen – Berichten zufolge wurden dabei Zivilisten getötet. Bei anderen Angriffen scheinen in der Tat gesuchte al-Qaeda-Kämpfer getötet worden zu sein, wie im November etwa der mutmaßliche britische Terrorist Rashid Rauf. Allerdings ist es praktisch unmöglich, derartige Angaben der pakistanischen Behörden zu verifizieren: Im Falle von Rashid Rauf berichteten britische Zeitungen beispielsweise, dass die CIA die britischen Geheimdienste nicht vorher informiert habe; dass der Angriff eigentlich nicht ihm gegolten habe; und dass in Pakistan spekuliert werde, Rauf sei bereits vorher vom pakistanischen Geheimdienst ermordet und nur nachträglich als Opfer des Luftangriffes dargestellt worden. Während fast alle Angriffe Zielen in den autonomen Stammesgebieten (FATA) galten, wurde im November zum ersten Mal auch der Distrikt Bannu in der NWFP beschossen. Diese Ausweitung und die Tatsache, dass die USA Islamabad grundsätzlich nicht vorher über die Angriffe informieren, haben neue Ängste in Pakistan geschürt. Verschwörungstheorien, dass die USA Pakistan "zerschlagen" wollten, kursieren im ganzen Land. Die Regierung, die sich eine Weile mit den Raketenangriffen abgefunden zu haben schien, hat in den letzten Wochen wieder heftig dagegen protestiert und den USA gegenüber geltend gemacht, dass diese Angriffe kontraproduktiv für die Terror-Bekämpfung seien. In der Tat hat der Anti-Amerikanismus in Pakistan eher noch zugenommen. Allerdings gibt es auch Beobachter, die glauben, dass die pakistanische Regierung sich heimlich mit den USA auf eine Arbeitsteilung verständigt habe und nur zum Schein protestiere. Wie Obamas neue Pakistan-Politik im Detail aussehen wird, bleibt abzuwarten; festzuhalten bleibt jedenfalls, dass er sich neben einer harten Linie gegen al-Qaeda auch für echte Demokratie in Pakistan ausgesprochen und signalisiert hat, dass er außenpolitische Interessen Pakistans stärker berücksichtigen wird. Dabei wird vor allem über stärkeres Engagement der USA im Kaschmir-Konflikt spekuliert.

Flüchtlingsschwallen im Nordwesten

Zur Unpopularität der Militäraktion und der US-Angriffe in Pakistan hat nicht zuletzt eine Welle von Flüchtlingen aus den umkämpften Gebieten beigetragen. Pakistanischen Menschenrechtsorganisationen zufolge haben Hunderttausende ihre Häuser verlassen. Alleine aus Bajaur sind mindestens 200 000 Menschen geflohen, die zum Teil in von Afghanen geräumten Flüchtlingslagern in Peshawar untergekommen sind.

"Pakistans 11. September"

Die Gewalt im Nordwesten Pakistans schwappt weiter auf den Rest des Landes über. Ein schwerer Sprengstoffanschlag hat am 20. September das Marriott-Hotel, eines der beiden großen Hotels in der Hauptstadt Islamabads, teilweise in Brand gesetzt. In dem an einem Ramadan-Abend gut gefüllten Hotel starben mindestens 60 Menschen; 200 weitere wurden verletzt. Der Anschlag auf das schwer gesicherte *Marriott*, in dem Ausländer und die pakistanische Oberschicht verkehrten, schockierte nicht nur die internationale Gemeinschaft in Islamabad, von denen viele das Land inzwischen verlassen haben. Auch die pakistanische Elite zeigte sich geschockt. Politiker und Medien sprachen von "Pakistans 11. September". Selbstkritische Kommentare, die einen radikalen Bruch mit extremistischen Kräften forderten, nahmen allerdings nach wenigen Tagen wieder ab; die öffentliche Meinung in Pakistan sieht nach wie vor viel eher die USA, Indien oder die pakistanische Regierung als Wurzel der Probleme im Land als militante Islamisten.

Musharraf geht, Zardari kommt

Im August ist der Ex-General Pervez Musharraf nach neun Jahren an der Spitze Pakistans als Präsident abgetreten. Er kam damit einem Amtsenthebungsverfahren zuvor, das im Parlament gegen ihn eingeleitet worden war. Seit den Wahlen im Februar, bei denen seine Partei dramatische Verluste hinzunehmen hatte, war klar, dass Musharraf in der Bevölkerung und bei der Armee jeden Rückhalt verloren hatte. In den folgenden Monaten hatte sich offenbar auch die US-Regierung, lange Jahre stärkste Stütze des Diktators, von ihm abgewandt. Musharraf aus dem Amt zu drängen war die letzte gemeinsame Aktion der ehemaligen Koalition aus der *People's Party* Asif Zardaris und der *Muslim League* Nawaz Sharifs, die sich daraufhin endgültig zerstritten, da die *People's Party* die Wiedereinsetzung der von Musharraf entlassenen Richter hartnäckig verweigerte. Zur Neuwahl des Präsidenten durch die Bundes- und Landesparlamente trat Bhutto-Witwer Zardari ohne Unterstützung der *Muslim League* an, gewann aber trotzdem mit den Stimmen anderer Parteien. Gegen Zardari werden schwere Korruptionsvorwürfe aus der Zeit, als seine Frau Benazir Bhutto Premierministerin war, erhoben.

Pakistan vor der Pleite

Zu allem Überfluss sieht sich Pakistan auch noch mit massiven Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten konfron-

tiert. Die Devisenreserven sind praktisch aufgebraucht. Pakistan hat in letzter Zeit deutlich mehr im- als exportiert und hat auch zu geringe Überweisungen aus dem Ausland zu verzeichnen. Die Misswirtschaft der vergangenen Regierung und die instabile politische Lage haben die Wirtschaft weiter geschwächt. Der Wirtschaftsboom nach dem 11. September 2001 erweist sich im Nachhinein als ein von ausländischer Hilfe entfachtetes Strohfeuer. Bemühungen von Präsident

Zardari und anderen, bei traditionellen Verbündeten wie China, den USA und Saudi-Arabien bilaterale Unterstützung zu erhalten, scheiterten, so dass Pakistan letztlich gezwungen war, beim Internationalen Währungsfonds (IWF) ein Hilfspaket von knapp 8 Milliarden Dollar zu beantragen, das den IWF-Gepflogenheiten entsprechende Auflagen wie Subventionsabbau, Steuererhöhungen und Haushaltsdisziplin beinhaltet.

Im Licht des *Universal Periodic Review*

Die regelmäßige Überprüfung der Menschenrechtsverpflichtung in Pakistan

Peter Jacob

Der *Universal Periodic Review* (UPR) ist ein neues Verfahren, mit dem der UN-Menschenrechtsrat alle fünf Jahre die Menschenrechtssituation in den Mitgliedsstaaten untersucht. Ein Bericht über die Erfahrungen aus Pakistan.

Der *Universal Periodic Review* (UPR) beginnt mit einer dreifachen Berichterstattung/Überprüfung durch das Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR), durch Nichtregierungsorganisationen (NRO) und durch das betroffene Land selbst. Diese drei verschiedenen Berichte werden vom OHCHR zu einem zusammenfassenden Bericht gebündelt, der wiederum den Menschenrechtsrat als Dokument zur Diskussion vorgelegt wird. Während die Beschlussfassung über eine Resolution oder Maßnahme den 47 Mitgliedsstaaten des Rates vorbehalten ist, können sich alle anderen Staaten an der Diskussion beteiligen. Drei Staaten übernehmen dabei die Rolle, durch Verhandlungen vor und während der Überprüfung einen Konsens zu erreichen. Diese werden als Troika bezeichnet.

Pakistan war eines von 16 Ländern, deren Menschenrechtssituation in einer Arbeitsgruppensitzung des UN-

Menschenrats am 8. Mai 2008 geprüft wurde. Der Beschluss über Empfehlungen wurde jedoch erst in einer weiteren Sitzung des Rates im Juni 2008 gefasst. In der Sitzung im Mai 2008 fand zum zweiten Mal eine Überprüfung statt – das UPR-System ist also ziemlich neu. Dennoch gab es einige interessante Erfahrungen, sowohl im Verlauf des Verfahrens als auch im eigentlichen Ergebnis des ganzen Vorgangs, der sich über einen Zeitraum von mehreren Monaten intensiver Arbeit hinzog.

Schauen wir uns zunächst das Vorgehen an. Der Überprüfungszeitraum umfasste vier Jahre (2003-2007) und war überschattet von der Herrschaft eines Militärdiktators, der Unterdrückung fundamentaler Freiheiten und Bürgerrechte, Beeinträchtigungen des Rechtswesens und anderer staatlicher Einrichtungen unter Umgehung der Verfassung. Der Bericht der Regierung Pakistans über ihre Leistung war defensiv und wie erwartet recht-

fertigend. Der Bericht des OHCHR jedoch basierte auf den Berichten verschiedener Spezialberichterstatter, deren Empfehlungen und spezifischen Indikatoren für die Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards. Er war ziemlich objektiv und integer.

Es gab 19 Berichte, die von NRO abgeliefert wurden, in der Mehrzahl von internationalen NRO. Nur zwei (*Thardeep* und *National Commission for Justice and Peace*) von insgesamt 20.000 in Pakistan registrierten NRO legten Berichte vor. Dies zeigt, wie gering die Präsenz und Beteiligung von nationalen NRO war. Ein Grund dafür ist natürlich darin zu sehen, dass insbesondere die Organisationen mit dem Schwerpunkt auf Rechten den Bericht erstellen mussten, während sie gleichzeitig mit der Situation beschäftigt waren, die durch den Ausruf des Notstandes (3. November 2007) und die Ermordung von Benazir Bhutto (27. Dezember 2007) entstanden war.